

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Herausgegeben von

Oberkirchenrat D. Dr. Hermann EHLERS · Präsident des Deutschen Bundestages · Stellvertretender Vorsitzender der CDU
und Dr. Robert TILLMANNNS, MdB · Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der CDU

1. Jahrgang - Nummer 8

Bonn - im September 1953

I N H A L T

| | |
|---|-------|
| WIR STEHEN VOR DER WAHL..... | S. 1 |
| EVANGELISCHES ABENDLAND? | S. 3 |
| KOLPORTAGE KATHOLISCHER „PLÄNE“ | S. 6 |
| SEHR GEEHRTER HERR DR. HEINEMANN! | S. 8 |
| DIE EVANGELISCHEN KANDIDATEN DER CDU/CSU..... | S. 10 |
| POLITISCHER QUERSCHNITT | S. 13 |

WIR STEHEN VOR DER WAHL

Unter diesem Thema stand die große Kundgebung der Männer auf dem 5. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hamburg. Besondere Aufmerksamkeit und Zustimmung fanden die mahnenden Worte von Bischof D. Dr. Dibelius, Berlin, der in seiner Rede folgendes ausführte:

Wenn es zu wählen gilt, dann bleibt kein Christenmensch zu Hause! Für einen Christen werden am Wahltag keine Entschuldigungszettel geschrieben. Nur wer mit mehr als vierzig Grad Fieber im Bett liegt oder sich gerade in der Nacht vorher das Bein gebrochen hat, der darf fernbleiben, aber sonst keiner; denn wir wissen, daß der Tag der Wahl gerade für uns Christen ein Tag der Verantwortung ist. Der Jugend brauche ich das nicht zu sagen. Die, die nun zum ersten Mal wählen dürfen, kommen ja von allein; aber die, die schon ein paar Wahlen mitgemacht haben, denken manchmal anders. Bei ihnen besteht immer die Versuchung zu sagen: „Ach was, es kommt auf deine Stimme nicht an!“ Darum müssen wir ihnen als Christen zurufen: „Hier gelten keine Entschuldigungen, hier ist eine Pflicht vor Gott zu erfüllen, und von dieser Pflicht wirst du nicht suspendiert!“

In den Zeiten, in denen wir nun einmal stehen, geht es bei jeder Wahl um Deutschland. Es geht nicht darum, daß irgendein Berufsstand, irgendeine Gruppe von Menschen etwas für sich durchsetzt. Ich weiß wohl, wie wichtig das im einzelnen sein kann, aber solange noch ein ausländischer Soldat auf deutschem Boden steht und solange es noch einen Eisernen Vorhang quer durch Deutschland hindurch gibt, kommen alle anderen Fragen erst in zweiter Linie.

Das werden alle Parteien bejahen. Sie sind ja alle für die Wiedervereinigung Deutschlands und für die Freiheit, wie sie ihnen vorschwebt. Aber, liebe Freunde, frei sein heißt: sachlich urteilen und dazu zunächst hören, und zwar auf Argumente hören und nicht auf die Rederitis irgendwelcher Propagandisten. Wir haben einmal erlebt, wohin es führt, wenn sich ein ganzes Volk von der Propaganda betrunken machen läßt. Seitdem ist diese Propaganda wie eine Seuche über uns gegangen, so daß wir uns heute kaum noch ein Leben ohne Propaganda von allen Seiten vorstellen können. Es wird lange dauern, bis ein Volk, das so mit Propaganda überschüttet worden ist, sich davon wieder freimacht. Es dauert länger als eine Entziehungskur von Nikotin oder Alkohol. Wir als Christen müssen mit dieser Entziehungskur beginnen. Wir hören auf den anderen, wir hören auf seine Argumente, aber wir lassen uns durch keine Rhetorik und durch keine Propaganda imponieren.

Und dann sage ich noch etwas, und sage das sehr vorsichtig: Ich gehöre seit dem Jahre 1918 immer zu einer Partei, obwohl die meisten, die mit mir Bischöfe sind, das nicht für richtig halten. Ich habe aber stets betont, in einem demokratischen Staat könne ich meine staatsbürgerlichen Pflichten nicht anders erfüllen, als damit, daß ich mich hinter eine Partei stelle, in der Öffentlichkeit weiter keinen Gebrauch davon mache, jedoch meine Beiträge bezahle und zu den Leuten gehöre, auf die sich eine Partei verlassen kann.

Daraus habe ich eine Konsequenz gezogen, und zwar die, daß ich meiner Partei auch treu geblieben bin, wenn ich mich über sie geärgert habe. Ich habe das getan, weil ich der Ansicht bin, daß die Leute, die im Parlament nachher eine Entscheidung zu fällen haben, diese Entscheidung so fällen sollen, wie ihr Gewissen das von ihnen verlangt, das heißt aus der Sache heraus und nicht unter dem ständigen Gedanken – besonders wenn der nächste Wahltag näherrückt –: „Uns laufen die Wähler deshalb fort.“ Wenn man nämlich immer nach den Wählern schielen muß, dann ist man viel zu oft in Versuchung, etwas zu unterlassen, was man nicht unterlassen dürfte, oder etwas zu tun, was man um der Sache willen nicht tun dürfte. Darum, meine ich, müßte jede Partei einen Kern von Menschen haben, auf die sie sich verlassen kann und die nicht morgen hierhin und übermorgen dorthin wandern, sondern die, nachdem sie sich einmal entschieden haben, auch ihr Vertrauen zu den Menschen bewahren, für die sie sich entschieden haben.

Wenn der Christ zur Wahl geht, wird er sich bemühen, Christen seine Stimme zu geben. Wir erforschen die Herzen nicht, das ist nicht unsere Aufgabe; aber wir haben doch ein Gefühl dafür, bei wem uns ein ähnliches christliches Verantwortungsbewußtsein entgegentritt, wie wir es selber in unserem Herzen zu haben wünschen. Darum wählen wir keine Kollaborateure des Atheismus, denn wir wissen – und wir, die wir hinter dem Eisernen Vorhang leben, studieren es ja mehr als andere Leute –, wohin das auf allen

Gebieten des Lebens führt, wenn die Gebote Gottes nicht mehr die Richtschnur für alles sind, was für ein Volk zum Gesetz gemacht wird. Darum wählen wir Christen, und wir wählen sie – weil wir selber Christen sind – mit betendem Herzen. Sie werden einem Bischof nicht übelnehmen, daß er das zum Schluß noch ausspricht. Es gibt Christen – leider nicht sehr viele –, die bringen etwas fertig, worüber sich die meisten Menschen wundern: sie beten nämlich für die Abgeordneten, die sie gewählt haben. Wer das tut, weil er um die ungeheure Schwere der Verantwortung weiß, handelt richtig. Meine lieben Brüder, ich lebe hinter dem Eisernen Vorhang, aber ich bin ja auch oft genug im Westen und bin auch oft genug in Bonn. Ich kann sagen, daß ich einen tiefen Eindruck davon gewonnen habe, wie schwer auf den Schultern vieler unserer Freunde, die dort in der Regierung oder in der Opposition stehen, die Verantwortung lastet, die sie zu tragen haben, wie schwer ihnen oft das Bewußtsein wird, daß sie sich so oder so entscheiden müssen und niemand ihnen eine Garantie dafür geben kann, daß diese Entscheidung richtig ist. Darum habe ich mir immer gedacht, man sollte ihnen auch ein wenig zu Hilfe kommen, so wie wir Christen einander zu Hilfe zu kommen pflegen, und sollte sie in unser Gebet einschließen. Und wenn der Wahltag naht und es für u n s gilt, etwas von dieser Verantwortung zu realisieren, sollten wir auch in einen solchen Tag nicht ohne unsere heißen Gebete gehen und es sollte wirklich aus unserem Herzen kommen:

Auf dich hoffen wir allein,
laß uns nicht verloren sein!

EVANGELISCHES ABENDLAND?

von Dr. Eugen Gerstenmaier, MdB

Seit dem Ende der Monarchien in Deutschland hat ein großer, vielleicht entscheidender Teil des deutschen Protestantismus nicht mehr das Gefühl, eine feste politische Heimat zu besitzen.

Der Obrigkeitsstaat war dahin. Der „Untertan“ in seiner Masse und Unberechenbarkeit wurde Gesetzgeber. Noch ehe das evangelische Kirchtum Deutschlands und seine Theologie die daraus erwachsende Aufgabe einer Umstellung wirklich zu lösen vermochte, erschien Hitler. Er unterbrach den in der Weimarer Zeit in Gang gekommenen Prozeß der Neubesinnung des deutschen evangelischen Kirchtums auf den Staat und die Grundlagen eigenständigen christlichen Verhaltens im Staat. Dem Protestantismus fehlte die Selbständigkeit des praktischen politischen Verhaltens, wie sie der Katholizismus seit Bismarck ausgebildet hatte. Aber es fehlte ihm auch eine hinreichend geklärte theologische Grundlage dafür.

Der Katholizismus stützte sich auf das kirchlich verbindlich ausgelegte Naturrecht. Im Protestantismus jedoch wurden alle naturrechtlichen Erinnerungen und Verbindungen – wie sie die Reformatoren noch besessen hatten – durch die in der Weimarer Zeit Bedeutung erlangende dialektische Theologie unter der Führung Karl Barths in Acht und Bann getan. Das Ergebnis war, daß das evangelische Kirchtum sich schon in der Weimarer Zeit damit abzufinden begann, auch unbefriedigende, ja anstößige Gesetze hinzunehmen, weil sie vom Staat als der „von Gott verordneten Obrigkeit“ kamen. Eine kritische Distanz zu dieser Obrigkeit blieb bestehen, der Protestantismus aber gewöhnte sich an die Beugung unter das von ihr gesetzte „positive Recht“.

Zugleich vollzog sich jedoch ein Verführungsakt großen Stils. Die konservativen Grundgefühle, die sich in der Distanz zur Weimarer Republik auswirkten, verbanden sich immer unkritischer mit dem neuen deutschen Nationalismus. Das Wesen und die Gefährlichkeit dieses Vorgangs wurden von einem großen Teil der Verführten erst erkannt, als es zu spät war, das heißt, als Hugenberg - Wegbereiter Hitlers - bereits kaltgestellt war, Treviranus sich mit der konservativen Opposition in der inneren und äußeren Emigration befand und Hitler die totale Macht in seinen Händen hatte.

Das Ergebnis: Der rechtsstaatliche, konservative Vorbehalt, das Bedürfnis nach stabiler Rechtsstaatlichkeit in der Weimarer Republik wird hemmungslos ausgebeutet vom revisionistischen Nationalismus und endet mit dem Sieg Hitlers.

Deutschlands Protestantismus mußte demzufolge in seiner Mehrheit mit dem im 20. Jahrhundert heraufziehenden Problem der Völkerordnung auf höherer, übernationaler Ebene wenig oder nichts anzufangen. Die Heilige Allianz, die im Denken Gerlachs eine so große Rolle spielte, war vergessen, und gegenüber den neuen Versuchen einer organisierten internationalen Ordnung (Völkerbund) dachte und empfand der deutsche Protestantismus weithin rein nationalstaatlich. Von Minderheiten abgesehen blieb in dem evangelischen Kirchentum Deutschlands der internationale Zusammenschluß suspekt. Der weitaus wichtigste politische Gedanke des 20. Jahrhunderts, der europäische Staatenbund oder Bundesstaat, war nur bei wenigen, wie z. B. dem Grafen York von Wartenburg, dem Verfasser der „Weltgeschichte in Umrissen“, lebendig.

Diese Entwicklung stimmt um so nachdenklicher, als seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts die ökumenische Bewegung in Erscheinung zu treten beginnt.

Ein elementarer Durchbruch auf kirchlicher wie politischer Ebene erfolgt erst mit dem Zusammenbruch des militanten Nationalismus und Totalitarismus in Zentral-europa. Erst durch diesen Zusammenbruch erfährt der Nationalismus jene völlige Entzauberung, in der seine zwielichtige Problematik und seine dämonischen Triebe offenkundig werden. Die Krisis des protestantischen Staatsdenkens hatte schon in den Jahren zuvor äußerste Phasen durchlaufen. Neben Römer 13 war die Apokalypse mit „dem Tier aus dem Abgrund“ als gewaltiges Korrektiv deutschen protestantischen Staatsdenkens getreten.

Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen vollzieht sich eine Wandlung des nationalen Bewußtseins, wie sie seit den Tagen der Erweckungsbewegung in Deutschland nicht mehr stattgefunden hatte. Führend beteiligt daran und beispielhaft zugleich sind Gestalten des deutschen Adels (Moltke, York, Stauffenberg u. a.) und leitende Männer der Kirche. Die „Stuttgarter Schulderklärung“ von 1945 hat ihre allgemeine Bedeutung darin, daß sie auf protestantischer Seite diese Wandlung in einem konkreten Akt zum Ausdruck bringt. Auch bei Vorbehalten gegen ihre Formulierung muß diese Bedeutung festgehalten werden. Gleichzeitig erlebt Deutschland die ökumenische Bewegung. Die übernationale Wirklichkeit der Christenheit wird zum Erlebnis des deutschen Protestantismus. Das Medium, in dem sich dieses Erlebnis vollzieht, ist weder die Theologie noch die politische oder sozialpolitische Programmatik, sondern die Diakonie in der Gestalt des ökumenischen Hilfswerks.

Ohne jene Wandlung des nationalen Bewußtseins und ohne das Erleben der Ökumene hätte der Gedanke der politischen Einigung Europas bei weitem nicht in dem Maße zu einem entscheidenden Leitmotiv der deutschen Politik nach 1945 werden können.

Die politischen Konsequenzen dieser Erfahrung haben sich bis jetzt bei dem größeren Teil des deutschen Protestantismus ausgewirkt:

1. in der Absage, mindestens aber in der kritischen Zurückhaltung gegenüber einer Politik des bloßen nationalen Revisionismus;
2. in der Bereitschaft und Hinwendung zur Politik der europäischen Einigung.

Die schwere Hypothek, die auf dieser politischen Gesinnung ruht, ist die Spaltung Deutschlands und die durch sie ermöglichte grundfalsche Alternative: Wiedervereinigung oder europäische Einigung. Unter dieser Alternative beginnen die Kräfte des deutschen Protestantismus, sich in unseren Tagen wieder untereinander politisch und ideologisch ernsthaft zu befenden.

Dabei wirken sich theologische und politische Vorbehalte und Gegensätze aus, die seit langem und nicht nur in Deutschland bestehen. Man muß sich nur daran erinnern, daß Karl

Barth Jahrzehnte hindurch der ökumenischen Bewegung mehr als zurückhaltend gegenüberstand und daß er in der europäischen Einigung einstweilen wenig anderes sieht als die Option für Rom und die USA.

Der Barthianismus Heinemanns und Niemöllers hat seinen politischen Niederschlag in der Doktrin von der Neutralisierung Deutschlands gefunden. Nicht der unbestrittene Wille zur Wiedervereinigung Deutschlands ist das eigentliche Charakteristikum dieser Politik, sondern das Nichtvorhandensein, ja die Preisgabe des Gedankens der europäischen Einigung. Damit fehlt der Politik des politischen Barthianismus im deutschen Protestantismus die konstruktivste politische Leitidee des 20. Jahrhunderts. Sie endet zwangsläufig in der Sackgasse des fiktiv gewordenen souveränen Nationalstaates mit seinen fatalen Machtkomplexen und sie unterwirft die Entwicklung Deutschlands dem sowjetrussischen Veto.

Der deutsche Protestantismus als Ganzes entrinnt jener ebenso gefährlichen wie falschen Alternative nur dann, wenn er sich dieser Zusammenhänge bewußt wird, wenn er aus dem Entweder-Oder von deutscher Wiedervereinigung und europäischer Einigung ein Sowohl-als-Auch macht und sich von keinem Ressentiment verleiten läßt - sei es nationaler, sei es konfessioneller Art -, hinter die Erfahrungen zurückzugehen, die er in diesem halben Jahrhundert gewonnen hat.

Ein solches Ressentiment macht sich zur Zeit auch bemerkbar in der Kritik des Begriffes „Abendland“. Nun stellt dieser Begriff zwar eine geschichtlich-geistesgeschichtliche Manifestation dar, aber er ist noch kein politisches Programm. Damit sind weit mehr irrationale metaphysische Elemente angesprochen als ein konkretes politisches Leitbild. In der europäischen Integrationspolitik kommt es jedoch auf greifbare wirtschaftliche, soziale, politische und militärische Vorstellungen an. In einem Gremium wie dem Plenum des Europarates gibt es zwar auch so etwas wie eine allen gemeinsame geistig-kulturelle Basis, aber sie entzieht sich jeder verbindlichen Formulierung. Dennoch spielt diese angeblich metaphysische Grundlage in der Kritik eine große Rolle. Man hat sie kurzerhand katholisch genannt und dann munter unterstellt, daß die europäische Föderation schon von ihrer Wurzel und Grundlage her eine katholische Aktion sei. Man setzt sich demgemäß lebhaft vom „abendländischen Universalismus“ und „katholischen Konservatismus“ ab und schafft damit den Boden für jene polemisch-politische Zweckthese von der geistig-politischen Nord-Süd-Teilung Europas, die der Ost-West-Teilung hinzugefügt werde.

In Wahrheit handelt es sich hier um die Folgerungen aus Voraussetzungen, die in dieser Weise gar nicht existieren. Der ganze Lärm ist umsonst. Denn die europäische Einigung hat nicht die Wiedererrichtung eines Reiches Karls des Großen unter päpstlichem Segen zum Ziel, sondern sie hat die Aufgabe, aus der technischen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Entwicklung Europas und der Welt Konsequenzen zu ziehen, die alle miteinander darauf hinauslaufen, zwischen den europäischen Völkern den Krieg als Mittel zum Austragen nationaler Meinungs- oder Interessenverschiedenheiten zu verhindern.

Die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa ist das Vermächtnis der Toten zweier Weltkriege. Ihre Verwirklichung ist eine unerläßliche Voraussetzung dafür, daß die Völker Europas in Zukunft leben können. Ohne eine vernünftige politische Rahmenordnung ist es nicht möglich, die Wirtschaftsenergien der europäischen Völker zu verbinden - anstatt sie gegeneinander arbeiten zu lassen - und damit eine ausreichende Basis für die ungeheure Soziallast zu schaffen, die diese Völker tragen müssen. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist ein erster Abschnitt.

Aber zweierlei bleibt bei all dem wahr:

1. Wirtschaftliche Vernunft, gewaltige Sozialverpflichtungen und militärische Sicherheitsbedürfnisse allein hätten der europäischen Integrationspolitik unter den Völkern des Abendlandes nicht jene drängende Macht geben können, die sie tatsächlich besitzt. Ohne nationale Bewußtseinswandlungen und ohne das Wissen der Christenheit um ihre Zusammengehörigkeit über nationale und konfessionelle Grenzen hinweg wäre sie ein fernes Ideal geblieben.

2. Es ist ein Gebot der Fairness, dabei jedem zuzubilligen, daß er die Welt von seinem Standort aus sieht. Was tut es, wenn dem Kardinal von Köln angesichts der Konturen des werdenden Europas das Reich Karls des Großen einfällt? Die tschechi-

sche Emigration sieht im Hradschin, die Italiener sehen in Rom und die deutschen Protestanten vielleicht in Wittenberg die perspektivische Mitte desselben Europas. Was könnte daran unerlaubt sein? Nichts. Es drückt sich darin nur die verzweifelte Sehnsucht aus, unsere große und tränenreiche Geschichte durch alle Brüche hindurch unter dem weiten Aspekt einer gemeinsamen Zukunft charaktervoll auf uns zu nehmen.

Auf einer katholischen Journalistentagung haben die Spanier vor kurzem eine einheitliche ideologische Basis für die Vereinigung Europas gefordert. Integration sei nicht möglich ohne integrale ideologische Grundlage. Die deutschen, französischen und italienischen Christen haben dagegen erklärt, daß das vereinte Europa keine ideologisch oder weltanschaulich uniforme Größe sein werde, sondern eine Völkergemeinschaft mit gleichem Recht für alle. Das gebiete das Christsein.

Hier meldete sich jenes geläuterte abendländische Erbe zu Wort, das in reifer Einsicht bewußt auf den Weltanschauungsstaat verzichtet und es mit der Konvention der Menschenrechte und der Verbürgung der Grundfreiheiten für alle genug sein läßt. Sowohl in der barthisch-protestantischen wie in der spanisch-katholischen Kritik an der europäischen Integration wird dazu vollkommen verkannt, daß die Einigung Europas nur auf der Grundlage einer bundesstaatlichen, niemals aber einer zentralistischen Verfassung erfolgen kann. Das vereinte Europa wird kein europäischer Eintopf sein.

Es ist an der Zeit, den Flüsterparolen entgegenzutreten, mit denen abwechselnd die Protestanten und die Katholiken daran gehindert werden sollen, eine gemeinsame politische Heimat zu finden. Auf evangelischer Seite ist das böse Wort von der in Rom gezeugten Bundesrepublik noch nicht ganz vergessen. Jetzt ist es die Parole von dem katholisch-vereinten Europa, in dem der Protestantismus keine Heimat finde. Nun, dieses vereinte Europa wird ebenso wie Deutschland weder protestantisch noch katholisch sein, sondern es wird frei, rechtlich geeint und sozial sein in dem Maße, in dem die Christen gemeinsam das Ihre dafür tun.

Daß auch der Protestantismus Deutschlands darin seine politische Heimat findet, hängt jedoch nicht nur davon ab, ob er genügend christliche Politiker für diese Aufgabe stellt, sondern vor allem auch davon, daß er sich selbst dazu als einer uns heute gebotenen christlichen Politik klar bekennt.

(entnommen aus: „Christ und Welt“ vom 12. 8. 1953 – gekürzt)

KOLPORTAGE KATHOLISCHER „PLÄNE“

Die „Stimme der Gemeinde – Monatsschrift der Bekennenden Kirche“, das „Sonntagsblatt für evangelisch-reformierte Gemeinden“ und verschiedene kleinere Gemeindeblätter im Siegerland haben in den letzten Wochen geglaubt, ihre Leser alarmieren zu müssen mit dem Hinweis auf angebliche Pläne, neue deutsche Streitkräfte unter maßgeblichen katholischen Einfluß zu bringen. Auch in der August-Nummer der „Stimme der Gemeinde“ wird diese Befürchtung weiter kolportiert, natürlich in direktem Zusammenhang mit der Wahlpropaganda der Gesamtdeutschen Volkspartei.

Wir haben uns darüber informiert, was diesen Meldungen zugrunde liegt.

Es ist folgendes:

Im März 1953 hielt das staatspolitische Sachreferat des Zentralkomitees des Deutschen Katholikentages in Mainz eine Besprechung ab, an der etwa vierzig Herren, darunter der Bischof von Mainz, teilnahmen. Thema der Beratungen war nicht das „Ob“ eines deutschen Verteidigungsbeitrages, sondern die Frage, „was von katholischer

Seite zu dem 'Wie' eines deutschen Verteidigungsbeitrages gesagt werden müsse, wenn ein solcher von den zuständigen Gremien des Bundes beschlossen worden sei". Man wollte, wie während der Besprechung ausdrücklich betont wurde, nicht plötzlich vor vollendeten Tatsachen stehen. Es wurden also in dem abgesteckten Rahmen aktuelle Probleme erörtert, zum Beispiel die Frage „Freiwilligenheer oder allgemeine Wehrpflicht?", die neue Form des deutschen Kontingents („keine Anknüpfung an ausgehöhlte preußisch-deutsche Tradition; keine unselbständige Nachahmung eines amerikanischen Vorbildes"), die Bildung eines katholischen Berufsethos für den Soldaten (und zwar echten Mannesethos gegenüber dem falschen Ethos einer „übertriebenen Männlichkeit") und die Frage nach der sittlichen Persönlichkeit und dem militärischen Gehorsam. Die „evangelischen Sorgen" hinsichtlich dieser Beratungen, die natürlich wieder in erster Linie vom Schweizer Evangelischen Pressedienst ausgehen, konzentrieren sich darauf, daß sich hier katholische Menschen von der Basis ihres Glaubens her Gedanken über Inhalt und Form eines kommenden deutschen Soldatentums machen. Wir sind der Meinung, daß das auch auf evangelischer Seite noch mehr als bisher geschehen sollte. Denn sonst könnte bei uns der Fall eintreten, daß wir plötzlich von Entwicklungen überrascht werden, nachdem gerade die Kreise, die ihre „evangelischen Sorgen" ständig vortragen, sich bisher völlig darin erschöpft haben, ihren Kampf gegen einen deutschen Verteidigungsbeitrag überhaupt zu führen.

In den Berichten der genannten evangelischen Blätter sind zwei Stellen fett gedruckt. Unter Bezugnahme auf Ausführungen des Professors Freiherr von der Heydte schreibt man: „Er befürwortete aus Freiwilligen rekrutierte Kader junger Katholiken, um die neue Wehrmacht durch ihre Unteroffiziere und Offiziere mit katholischem Geist zu erfüllen." Nach dem Protokoll der Beratungen hat von der Heydte vorgeschlagen, die Frage zu prüfen, ob man nicht Modellkader aus Angehörigen der katholischen Jugendverbände errichten und ob man innerhalb dieser Jugendverbände „vormilitärisch" nicht schon jetzt Vorbereitungen treffen könne. Der anwesende – evangelische – Vertreter der Dienststelle Blank hat in diesem Zusammenhang ähnliche Pläne auf evangelischer Seite und innerhalb der Gewerkschaften erwähnt. Die Diskussion ergab – laut Protokoll –, „daß eine Zusammenziehung junger Katholiken, die als Führer und Unterführer für zukünftige deutsche Truppenverbände in Frage kommen, zu einer längeren Arbeitstagung zweckmäßig und wünschenswert sei". Man vergleiche, was um der gewünschten Wirkung willen die erwähnten Blätter aus diesem Satz gemacht haben!

Ebenfalls durch fetten Druck hervorgehoben ist der Satz: „Man war sich einig, daß ein k a t h o l i s c h e r Offizierstyp zu schaffen sei." Im Protokoll steht dazu: „In der weiteren Diskussion wird die Notwendigkeit, einen neuen christlichen Offizierstyp zu schaffen und das Verhältnis zwischen Offizier und Mann auf die Basis des Vertrauens zu stellen, hervorgehoben." Und an anderer Stelle des Protokolls heißt es: „In der Diskussion wird betont, daß die Eignungsprüfungen in den Händen wirklich christlicher Psychologen liegen müßten. Es stünden im übrigen genügend geeignete Kräfte zur Verfügung."

Es bleibt also nur die bedauerliche Feststellung, daß – um die Ausnutzung dieses Protokolls zu Wahlkampfzwecken zu ermöglichen – gerade die besonders hervorgehobenen und für die Initiatoren der „evangelischen Sorgen" entscheidenden Stellen gefälscht

worden sind. Schließlich behaupten die Berichte, die Beratungen über Fragen neuer deutscher Streitkräfte auf katholischer Seite seien inzwischen fortgesetzt worden. Professor Freiherr von der Heydte hat dagegen erklärt, daß keine weitere Zusammenkunft stattgefunden habe..

Wir halten es für notwendig, daß sich Christen beider Konfessionen über ihre Aufgaben in etwaigen deutschen Streitkräften klar werden. Verantwortungsbewußte evangelische Christen tun das auch. Die anderen, die daraus nur Wahlschlager zu machen suchen, sollten wenigstens den wahren Sachverhalt nicht ignorieren.

D. Dr. Hermann Ehlers

SEHR GEEHRTER HERR DR. HEINEMANN!

Führende Mitglieder der Gesamtdeutschen Volkspartei haben einen Aufruf „An alle evangelischen Christen!“ veröffentlicht, in dem gefordert wird: „Keine evangelische Stimme der katholischen CDU!“

Zur Begründung dieser Forderung wird behauptet, die CDU stünde ausschließlich unter der Führung katholischer Politiker, der evangelische Einfluß sei – zumindest auf der Landes- und Bundesebene – ohne politische Bedeutung und die Beteiligung der evangelischen Abgeordneten in der CDU erschöpfe sich darin, daß sie dem katholischen Adenauer-Kurs bedingungslos folgten. Es wird – wenn auch in Frageform – behauptet, die katholische CDU-Politik, die mit einem katholischen Klein-Europa das Reich Karls des Großen wiederherstellen wolle, habe kein Interesse daran, uns wieder mit den 16 Millionen evangelischer Brüder und Schwestern hinter dem Eisernen Vorhang zusammenzuführen; sie wolle die evangelische Bevölkerung Ostdeutschlands den katholischen Zielen opfern.

Sie, Herr Dr. Heinemann, wissen, daß diese Behauptungen unwahr sind. Die von Dr. Adenauer geführte Bundesregierung hat zusammen mit der hinter ihr stehenden Mehrheit des Deutschen Bundestages bewiesen, daß die Wiedervereinigung unseres Landes das vornehmste Ziel ihrer Politik ist. Sie will allerdings mit der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes, insbesondere der Deutschen in der Sowjetzone, diese Wiedervereinigung so, daß das ganze deutsche Volk in Freiheit leben und seine politische und soziale Ordnung nach seinem Wesen, seiner Geschichte und seiner Kultur selbständig bestimmen kann. Sie ist der Überzeugung, daß dieses Ziel angesichts der ihm entgegenstehenden Politik der Sowjetunion nur in Gemeinschaft mit den freien Völkern des Westens und durch den politischen Zusammenschluß Europas verwirklicht werden kann.

Wenn Ihre Partei diesen Weg für falsch hält, mag sie sich dafür einsetzen, daß ein anderer gegangen wird. Aber einfach zu behaupten, die Katholiken in der CDU wollten die deutsche Einheit nicht, weil ihnen die überwiegend evangelische Bevölkerung hinter dem Eisernen Vorhang gleichgültig sei, ist eine Ungeheuerlichkeit. Der Bundeskanzler hat anläßlich der Beisetzung der Westberliner Opfer des 17. Juni für das ganze deutsche Volk den Schwur abgelegt: „Wir werden nicht eher ruhen und rasten, bis

ganz Deutschland wieder vereint ist in Frieden und Freiheit!" Wagt die GVP, auch dieses Wort in Zweifel zu ziehen? Glaubt sie, dieses Gelöbnis verächtlich abtun zu können als eine angebliche Technik des „Die-Wiedervereinigung-nur-im-Munde-Führens"? Will die GVP behaupten, daß der katholische CDU-Politiker Jakob Kaiser, der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, die weiteren katholischen CDU-Mitglieder der Bundesregierung, der Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion und andere führende Frauen und Männer nicht mit vollem Ernst die Wiedervereinigung unseres Landes wollen? Wenn die GVP das tun sollte, dann muß sie Beweise erbringen, sonst macht sie sich haltloser Verleumdungen schuldig!

Es wäre ein Leichtes, die Behauptung von der katholischen CDU, in der die einflußlosen Evangelischen angeblich nur Hilfsdienste leisten, zu widerlegen. Man brauchte nur den Bundestagspräsidenten und Stellvertretenden Parteivorsitzenden zu nennen, sowie die Mitglieder der Bundesregierung und der Länderregierungen, die Landesverbandsvorsitzenden und Vorstandsmitglieder, die evangelische Christen sind und die in dem Aufruf geflissentlich verschwiegen werden. Es gibt keine andere politische Organisation in Deutschland (einschließlich der GVP), in der evangelische Christen mit so starker Wirksamkeit und mit solchem Erfolg in guter Kameradschaft mit katholischen Christen politisch tätig sind, als die Christlich-Demokratische Union. Für uns ist und bleibt diese Zusammenarbeit einer der wenigen neuen, positiven Ansätze in der deutschen Politik seit 1945. Wir wissen, daß dies den anderen Parteien nicht gefällt, und sind daher auch nicht erstaunt, wenn das Märchen von der katholischen CDU im Wahlkampf immer wieder auftaucht. Aber daß in dem Bemühen, konfessionelle Gegensätze in das politische Leben des Volkes heineinzutragen, die unter Ihrer Leitung stehende Partei nunmehr allen anderen bei weitem den Rang abläuft, das hätte ich nicht erwartet, zumal auch bei Ihnen katholische Politiker führend tätig sind – ganz zu schweigen von der mit Ihnen verbündeten Gruppe Wirth/Elfes.

Wie können Sie eine solche Unterminierung des konfessionellen Friedens verantworten? Der Aufruf Ihrer Partei ist der schlimmste Störungsversuch, der mir in diesen Wochen bekanntgeworden ist. Daß die Verfasser dabei noch versuchen, für sich den Willen zum konfessionellen Frieden in Anspruch zu nehmen, ist der Höhepunkt der Verirrung.

Auf dem Hamburger Kirchentag haben wir uns als evangelische Christen gemeinsam zu der Verpflichtung rufen lassen, zur Entgiftung des Zusammenlebens in unserem Volke beizutragen.

Ich muß feststellen, daß die GVP durch ihren Aufruf das Gegenteil tut.

Als Sie, Herr Dr. Heinemann, im Oktober vorigen Jahres aus der CDU austraten, haben Sie erklärt: „Ich denke, wir sollten auf jeden Fall in guter Weise voneinander scheiden und – wie es auch immer sein mag – dessen eingedenk bleiben, daß es um letzte Verantwortungen geht, in denen niemand den anderen richten kann." Ist es Ihre Auffassung, daß die gehässige Verunglimpfung katholischer Politiker, wie sie jetzt von der GVP betrieben wird, sich mit diesen „letzten Verantwortungen" vereinbaren läßt?

Ihr sehr ergebener
gez. Dr. R. Tillmanns

DIE EVANGELISCHEN KANDIDATEN DER CDU/CSU
FÜR DEN ZWEITEN DEUTSCHEN BUNDESTAG

Baden-Württemberg:

Paula D o e l l, Pfarrfrau, Freistett
Prof. Dr. Ludwig E r h a r d, Bundeswirtschaftsminister, Bonn
Hermann F i n k, MdL, Fabrikant, Füssen
Friedrich F r i t z, Bauer, Gaußmannsweiler
Gustav-Adolf G e d a t, Schriftsteller, Hirsau/Schwarzwald
Dr. Eugen G e r s t e n m a i e r, MdB, Oberkonsistorialrat, Stuttgart
Willi H o f m e i s t e r, Kaufmann, Stuttgart-Bad Cannstatt
Arthur J a h n, Werkmeister, Stuttgart
Dr. Hedwig J o c h m u s s, Chemikerin, Heidelberg-Neuenheim
Ludwig K r o l l, Kaufmann, Baden-Baden
Eugen L e i b f r i e d, MdB, Guttenbach
Christian L e i b i n g, Bauer, Radelstetten
Gottfried L e o n h a r d, MdB, Fabrikant, Pforzheim
Dr. Hermann L i n d r a t h, Stadtkämmerer, Heidelberg
Julie R ö s c h, MdB, Hausfrau, Tübingen
Oskar R ü m m e l e, MdB, Kaufmann, Hinterzarten/Schwarzwald
Fritz S c h u l e r, Schuhmachermeister, Calw
Karl S i m p f e n d ö r f e r, Bauer, Heilbronn
Prof. Dr. Eduard W a h l, MdB, Heidelberg
Albert W o l f, Angestellter, Stuttgart-Möhringen

Bayern:

Friedrich B a u e r e i s e n, MdB, Bauer, Ehingen
Dr. Werner D ö l l i n g e r, Ziegeleibesitzer, Neustadt
Friedrich F u n k, MdB, Dipl.-Landwirt, Neuses am Sand
Frau G e i s e n d ö r f e r, Pfarrfrau, München
Dr. Georg Baron von M a n t e u f f e l - S z o e g e, Bad Homburg v. d. H.
Philipp M e y e r, Landwirt, Oppenshofen
Ludwig S e u f f t, Kaufmann, Hof
M. S p ö r l, Kürschnermeister, Kulmbach
Georg S t i l l e r, Bäckermeister, München
Gerhard W a c h e r, Dipl.-Ingenieur, Hof
Dr. Friedrich W i n t e r, Rechtsanwalt, Fürth

Bremen:

Elisabeth L o e s c h e, Hausfrau, Bremen-Oberneuland
Ernst M ü l l e r - H e r m a n n, MdB, Schriftleiter, Bremen
Hans P u s b a c h, Kapitän, Bremerhaven

Hamburg:

Ernst A l b r e c h t, Angestellter, Hamburg-Blankenese
Dr. Gerd B u c e r i u s, MdB, Rechtsanwalt, Hamburg-Othmarschen
Charlotte F e r a, Hausfrau, Hamburg
Josef von F i s e n n e, Apotheker, Hamburg
Hans G r i e m, Hamburg-Rahlstedt
Dr. Paul L e v e r k ü h n, Rechtsanwalt, Hamburg
Alfred M a a c k, Regierungsoberinspektor, Hamburg-Fuhlsbüttel
Hugo S c h a r n b e r g, MdB, Bankdirektor, Hamburg
Karl-Franz S c h m i d t - W i t t m a c k, Kaufmann, Hamburg
Dr. Karl S i e v e k i n g, Notar, Hamburg-Altona

Hessen:

Heinrich A c h e n b a c h, Landwirt, Niederdieden
Hans B e c k, Geschäftsführer, Kassel
Prof. Dr. Franz B ö h m, Frankfurt/Main

Dr. Heinrich B r a n d s t ä t t e r, Rüsselsheim
Heinrich C r a s s , Studienassessor, Niederflorstadt/Kreis Friedberg
Fritz D r e i h e l l e r, Direktor, Darmstadt
Graf von E r b a c h z u F ü r s t e n a u, Schloß Krähberg/b. Beerfelden
Dr. Wilhelm F r e i w a l d, Geschäftsführer, Frankfurt
Wilhelm G e r s t e n b e r g, Landwirt, Witzenhausen
Willy G l ü c k, Tischler, Melsungen
Wilhelm G o n t r u m, Pfarrer, Alsfeld
Friedrich G r i e s h e i m e r, Abteilungsleiter, Lamperthaim
Dorothea G r o e n e r - G e y e r, Schriftstellerin, Wiesbaden
Dr. Erich G r o s s k o p f, MdL, Herborn
Lothar H a a s e, Angestellter, Sandershausen
Anne-Marie H e i l e r, Hausfrau, Marburg/Lahn
Dr. Ernst H o l z m a n n, Stadtrechtsrat, Darmstadt
K n a p p, Landwirt, Rotenburg
Dr. Eric K ö h l e r, Wirtschaftsberater, Wiesbaden
Prof. Dr. Friedrich K r e p p e l, Geschäftsführer, Königstein/Taunus
Martha K r u l l, Geschäftsführerin, Darmstadt
Dr. L e i s k e, Bürgermeister, Frankfurt/Main
Carla M e r c k e l, Hausfrau, Seeheim
Hermann N a c h t i g a l l, Lehrer, Frankfurt/Main
Thorsten P e t e r s, Rechtsanwalt und Notar, Marburg/Lahn
Eduard P l a t n e r, Oberlandesgerichtsrat, Witzenhausen
Dr. med. R o h r b a c h, Kassel-Wilhelmshöhe
Erich S c h l o t t e r, Steuerinspektor, Hahn/Taunus
Dr. Elisabeth S c h w a r z h a u p t, Oberkirchenrätin, Frankfurt/Main
W i e s e m a n n, Hausfrau, Biedenkopf

Niedersachsen:

Hans Hubert B r e d e m e y e r, Landwirt, Stau
Wilhelm B r e s e, MdB, Bauer, Marwede
Dr. Else B r ö k e l s c h e n, MdB, Hausfrau, Goslar
Dr. von B u c h k a, Landrat i. R., Freiburg/Niederelbe
B u r g e m e i s t e r, Oberst a.D., Schöningen
Adolf C i l l i e n, Oberkirchenrat, Hannover
Dr. C o n r i n g, Landrat i. R., Leer/Ostfriesland
D. Dr. Hermann E h l e r s, Oberkirchenrat, Bad Godesberg
Dr. Otto F r i c k e, Kaufmann, Goslar
Guido H e y e, Vizeadmiral a.D., Wilhelmshaven
Gerhard H i l l e, Syndikus, Hannover
Dr. H o f m e i s t e r, Staatsminister a. D., Braunschweig
H o p p e n b r o c k, Bauer, Gerden/Kreis Melle
Christian H u m m e l, Ministerialreferent, Isernhagen/Hannover
Johannes K o r t m a n n, Kapitän z.S. a.D., Aurich/Ostfriesland
K o o p s, Spediteur, Dannenberg/Elbe
Dr. L i n d e n b e r g, Rechtsanwalt, Bad Harzburg
Wilhelm L o t z e, Rechtsanwalt, Uelzen
Fritz M e n s i n g, MdB, Peine/Gifhorn
Dr. Karl-Magnus M e r c k, Geschäftsführer, Hannover
Dr. Siegfried M o e r s c h e l, Arzt, Salzgitter-Lebenstedt
U. S c h r a d e r, Landwirt, Wolfenbüttel
Anna T h a l h e i m, Hausfrau, Osnabrück
Johannes T h i e s, Schulrat, Verden
Dr. Wolf Freiherr von W r a n g e l, Hann.-Münden

Rheinland-Pfalz:

Dr. Friedrich G r a s s e, Landrat, Landau
Ludwig K n o b l a u c h, Landwirt, Ilbesheim/Kirchheimbolanden
Hugo M a y e r, MdB, Landwirt, Hintertiefenbach
Dr. Aida O e l z e, Bad Neuenahr
Robert S t a u c h, MdB, Landwirt, Katzenelnbogen/Lahn
Ernst W e t z e l, MdL, Alsheim/Kreis Worms

Schleswig-Holstein:

Gustav B a n s e , General a.D., Lübeck
Dr. Walter B a r t r a m , MdB, Ministerpräsident a.D., Boostedt
Dr. Otto B e s k e , Oberschulrat a.D., Schleswig
Otto Fürst von B i s m a r c k , Gesandter a.D., Friedrichsruh
Hans B l ö c k e r , Stellmachermeister, Neumünster
Paul B o c k , Kaufmann, Lübeck
Walter B r o o k m a n n , MdB, Kaufmann, Kiel
Karl D i e d r i c h s e n , Bauer, Alt-Jellingsdorf
Joachim D o r e n b u r g , Regierungsassessor, Eutin
Ernst E n g e l b r e c h t - G r e w e , Bauer, Odendeichsteinburg
Heinrich G e r n s , MdB, Landwirt, Plön
Christian G i e n c k e , Gartenbauarchitekt, Langenhorn/Kreis Husum
Hermann G l ü s i n g , MdB, Bauer, Wrom/Heide
G o l d h a g e n , Bauer, Pinneberg
Kai Uwe von H a s s e l , MdL, Ostseebad Glücksburg
Hans H o f f m a n n , Studienrat i.R., Bad Segeberg
Irmgard J a e g e r , Kampen/Sylt
Dr. med. Erika K e c k , Ahrensburg
Egon K e l l e r , Major a.D., Travemünde
Ferdinand K l e i n , Angestellter, Kiel
Hans L ü h r , Tischlermeister, Kiel
Emmy L ü t h j e , MdL, Hausfrau, Kiel
Rudolf M e l z e r , Generalleutnant a.D., Rümpel über Bad Oldeslohe
Hans W. M ü l l e r , Redakteur, Flensburg
Will R a s n e r , Redakteur, Flensburg
Wilhelm S c h o t t e c k , Angestellter, Kiel
Johannes S c h r ö d e r , Arbeiter, Kükels
Werner S c h w a r z , Landwirt, Frauenholz
Adolf S t e c k e l , Oberstudienrat i.R., Rendsburg
Friedrich Karl S t o r m , Dipl.-Landwirt, Meischenstorf/Oldenburg
Detlef S t r u v e , MdB, Bauer, Embühren
Dr. Karl W e h n , Wirtschaftsberater, Schleswig

Westfalen:

Dr. Wolfgang B a r t e l s , Rechtsanwalt, Bochum
Fritz B e r e n d s e n , Abteilungsleiter, Duisburg
Ernst von B o d e l s c h w i n g h , Dipl.-Landwirt, Weddinghoven
Dr. Fritz B ö n i n g , Hiddesen/Detmold
P. Wilhelm B r a n d , Geschäftsführer, Remscheid
Dr. Erwin B r ü s k e , Justitiar, Gelsenkirchen
Dr. August D r e s b a c h , Geschäftsführer, Essen
Wilhelm E l l e r s i e k , Tischler, Eilshausen/bei Herford
Hans E m m r i c h , Referendar, Wiedenbrück
Eugen F l e y , Rendant, Ennepetal-Milspe
Karl H a h n , Angestellter, Bielefeld
Dr. Fritz H e l l w i g , Volkswirt, Düsseldorf
Eugen H u t h , MdB, Buchdruckermeister, Wuppertal
Karl J e n d i s , Installateurmeister, Gelsenkirchen
Gustav J ü r g i n g , Landwirt, Enger/Kreis Herford
Peter Heinrich K i r c h h o f f , Fabrikant, Werdohl
Walter K ü h l t h a u , Geschäftsführer, Oberhausen
Johannes K u n z e , MdB, Verwaltungsdirektor, Bethel/bei Bielefeld
Johannes L ö w e r , Bäckermeister, Witten/Ruhr
Gustav N i e r m a n n , Landwirt, Wehden/Kreis Lübbecke
Dr. Erich N o e l d e c h e n , Arzt, Lippstadt
Richard O e t z e l , Zimmermeister, Witten/Ruhr
Dr. Robert P f e r d m e n g e s , Bankier, Köln
Wilhelm P o m m e r e n k e , Gewerkschaftssekretär, Herne
Frau Gisela P r a e t o r i u s , Pfarrfrau, Düsseldorf
Dr. Luise R e h l i n g , MdB, Hausfrau, Hagen
Dr. Gerhard S c h r ö d e r , MdB, Rechtsanwalt, Düsseldorf

Theodor S i e b e l , Fabrikant, Freudenberg
Dr. med. Viktoria S t e i n b i s s , MdB, Bielefeld
Heinrich V o s s , Diakon, Hamm
Dr. med. Maria Charlotte W a s m u t h , Dortmund
Heinrich W e h k i n g , Landwirt, Friedewalde/Kreis Minden
Dr. Friedrich W e l s k o p , Rechtsanwalt, Castrop-Rauxel
Emmy W e l t e r , Hausfrau, Aachen
Hugo W i e d e c k , Fabrikant, Schötmar/Lippe
Wilhelm W o r p e n b e r g , Landwirt, Kattenvenne-Ringel

POLITISCHER QUERSCHNITT

Malenkow umwirbt Frankreich

Der sowjetische Regierungschef Malenkow erklärte am 7. August vor dem Obersten Sowjet, die UdSSR besitze die Wasserstoffbombe. Zur Deutschlandfrage sagte er, die Sowjetunion werde die Wiederherstellung eines „militaristischen Deutschlands“ nicht zulassen, denn ein solches Deutschland werde der Todfeind Frankreichs und anderer Nachbarstaaten sein. Jeder Versuch, Frankreich an die Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft zu fesseln, bedeute eine Auslieferung Frankreichs an die deutschen Revanchehetzer. Diese Ausführungen Malenkows wurden von den Westmächten als ein groß angelegtes Manöver zur Spaltung der westlichen Welt, vor allem aber zur Verhinderung der europäischen Einigungsbemühungen und der Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich bezeichnet.

Aus Moskau nichts Neues

Die Sowjetunion hat den Westmächten am 15. August in einer neuen Note die Abhaltung einer Friedenskonferenz über Deutschland innerhalb der nächsten sechs Monate vorgeschlagen. Dazu äußerten Diplomaten in den westlichen Hauptstädten, der sowjetische Vorschlag sei offenbar dazu bestimmt, die deutschen Bundestagswahlen zu beeinflussen und gleichzeitig die Fortschritte der westlichen Pläne für eine Viererkonferenz Ende September zu stören.

Die neueste Moskauer Note enthält im wesentlichen die Vorschläge, die der Kreml bereits in seiner Note vom 10. März 1953 gemacht und am 4. August wiederholt hatte: 1. Ausarbeitung eines Friedensvertrages, 2. Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und 3. Durchführung freier Wahlen (siehe „Evangelische Verantwortung“ Nr. 7 - S. 18/19).

Der westliche Standpunkt sieht demgegenüber nachstehende Reihenfolge der für die Lösung des Deutschland-Problems notwendigen Schritte vor: 1. Freie gesamtdeutsche Wahlen, 2. Bildung einer freien gesamtdeutschen Regierung und 3. Abschluß eines Friedensvertrages. Diese Reihenfolge wurde als Fünf-Punkte-Programm am 10. Juni dieses Jahres von allen Fraktionen des Bundestages mit Ausnahme der Kommunisten einstimmig gebilligt und stellt damit die politische Konzeption der parlamentarischen Vertretung der Bundesrepublik dar.

Zu der letzten sowjetischen Note erklärten sowohl Bundeskanzler Dr. Adenauer als auch der SPD-Vorsitzende Ollenhauer dem Sinne nach, sie erwarteten nichts von einem weiteren Notenwechsel, notwendig sei eine Viererkonferenz. Eine gesamtdeutsche Regierung müsse entsprechend den obigen Beschlüssen des Deutschen Bundestages aus freien gesamtdeutschen Wahlen hervorgehen. Die Sozialdemokratie hatte bereits am 17. August betont, der Vorschlag der Sowjets, eine provisorische gesamtdeutsche Regierung zu bilden, müsse abgelehnt werden, da die sowjetzonalen Machthaber als

Vertreter der Bevölkerung östlich der Elbe nicht legitimiert seien. Trotz dieser Übereinstimmung der SPD mit der Bundesregierung schrieb der SPD-Pressedienst am 19. August: aus der schroffen Ablehnung der Note durch den Bundeskanzler spreche „der unverkennbare Wille, Nein um jeden Preis zu sagen“. Politische Beobachter sehen darin einen Versuch, die impulsive Äußerung Ollenhauers aus parteitaktischen Gründen abzuschwächen.

Grotewohl: „Kriegsgefangene tätige Werkzeuge der Hitlerpolitik“

Im Anschluß an die Rückkehr seiner Delegation aus Moskau, wo ihr mit großem propagandistischen Aufwand finanzielle und wirtschaftliche Erleichterungen sowie die Begnadigung eines Teiles der noch zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen zugesagt worden war, bezeichnete der sowjetzonalen Ministerpräsident Grotewohl am 25. August vor der sogenannten Volkskammer die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion als „tätige Werkzeuge der menschenfeindlichen Hitlerpolitik“. (Der stellvertretende Ministerpräsident Nuschke erklärte kurz darauf, in der Sowjetunion befänden sich entgegen den Ermittlungen des Roten Kreuzes nur noch 13 546 Kriegsgefangene. Nuschke bestätigte damit die berüchtigte Erklärung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom 4. Mai 1950.) Grotewohl bemühte sich, die Zugeständnisse Moskaus herauszustellen und zu versichern, daß auch die Bundesregierung in den Genuß dieser „wahren Freundschaftspolitik“ kommen werde, wenn „sich die Menschen im Westen unseres Vaterlandes am 6. September der Größe ihrer Entscheidung bewußt werden und gegen Adenauer stimmen, um den Frieden und den friedlichen Aufbau zu sichern“. Otto Grotewohl drohte mit „dem großen Zorn und aktiver Gegenwehr aller friedliebenden Völker“, falls die Wähler die Politik des Bundeskanzlers unterstützen sollten.

Diese Drohung wurde in politischen Kreisen der Bundesrepublik übereinstimmend als „Unverschämtheit“ empfunden. Zu dem sogenannten Moskauer Abkommen erklärte man, es bedeute eine Stützung des SED-Regimes, das durch den Volksaufstand vom 17. Juni entscheidend diskreditiert worden sei.

Alte Linie trotz „Neuen Kurses“

Die Wiedererstarkung des SED-Regimes mit Hilfe Moskaus zeigt sich nicht nur in der Verschärfung des sowjetzonalen Justizterrors seit der Ernennung von Dr. Hilde Benjamin zum Justizminister, sondern beispielsweise auch in Ausführungen Ulbrichts auf der 15. Tagung des SED-Zentralkomitees. Der Generalsekretär der SED erklärte wörtlich: „Gegenüber den reaktionären Einflüssen der Kirche ist es notwendig, eine systematische, grundsätzliche politische und wissenschaftliche Aufklärungs- und Kulturarbeit, besonders hinsichtlich Fragen der Naturwissenschaften, unter der Jugend durchzuführen!“ Trotz der Vereinbarungen zwischen Kirche und Staat, die als besonderes Entgegenkommen im Zeichen des „Neuen Kurses“ gewertet worden waren, beschuldigte Ulbricht erneut die „Junge Gemeinde“ der Provokation im Zusammenhang mit dem Aufstand des 17. Juni.

KP-Presse feiert Präses D. Wilm

Die Verteidigung des hessischen Kirchenpräsidenten Martin Niemöller gegen Vorwürfe von Dr. Ehlers durch Präses Wilm wurde von der kommunistischen Presse sowohl in der Bundesrepublik als auch in der Sowjetzone enthusiastisch begrüßt. So veröffentlichte das KPD-Zentralorgan „Neue Volkszeitung“ am 5. August auf der Titelseite in großer Aufmachung einen entsprechenden Bericht unter der dreispaltigen Schlagzeile: „Präses Wilm: Verhandelt mit der DDR“.

Wie der Herr, so's Gescherr

Der Bundestagskandidat der Gesamtdeutschen Volkspartei für den Wahlkreis Bielefeld, Ernst Kulemann, befindet sich nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft Detmold seit dem 20. August in Haft. Der Kandidat Dr. Heinemanns und der kommunistischen Tarnorganisation „Bund der Deutschen“ wurde wegen Beschimpfung der Bundesregierung, Gründung staatsfeindlicher Vereinigungen und Geheimbündelei festgenommen.

Die Phantasien des Herrn Bodensteiner

Das Vorstandsmitglied der Gesamtdeutschen Volkspartei, Hans Bodensteiner, begrüßte am 20. August in der kommunistischen „Berliner Zeitung“ die letzte sowjetische Deutschlandnote – wie übrigens auch sein Parteichef Dr. Heinemann – als „durchaus annehmbare Verhandlungsgrundlage“ und befürwortete die Errichtung einer „provisorischen gesamtdeutschen Regierung“. Dazu erklärt der CDU-Pressedienst: „Das Ergebnis würde bei Beteiligung der 'demokratischen Organisationen' so sein wie in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei. Der erste Kanzler würde vielleicht Dr. Wirth heißen, der zweite Reimann, Grotewohl oder Ulbricht.“

Zweite Hilfsaktion für die Sowjetzone

Die Bundesrepublik und Westberlin starteten am 27. August trotz verstärkter Gegenmaßnahmen der Volkspolizei und der SED die zweite Spendenaktion für die Bevölkerung der Sowjetzone und Ostberlins. Bereits am ersten Tage konnten über 100 000 Lebensmittelpakete ausgegeben werden. – Aus den Vereinigten Staaten traf zur gleichen Zeit ein viertes Schiff mit 5 000 Tonnen Lebensmitteln in Hamburg ein.

Dem Vorschlag der Bundesregierung und des Bundestages entsprechend forderten die drei westlichen Hochkommissare am 27. August den sowjetischen Botschafter Semjonow auf, sowohl die Interzonenpässe als auch die Aufenthalts-Genehmigungen abzuschaffen. US-Hochkommissar Conant betonte, nach westlicher Auffassung müßte die Vorlage eines Personalausweises als Legitimation in ganz Deutschland genügen.

Staatlicher Führungsanspruch der Gewerkschaften?

Der DGB-Vorsitzende und SPD-Bundestagsabgeordnete Walter Freitag eröffnete am 20. August im Essener Saalbau vor 450 Funktionären des DGB den Wahlkampf. Seine Angriffe gegen die Bundesregierung und gegen die Koalitionsparteien unter dem Motto „Wählt einen besseren Bundestag!“ lagen auf der Ebene des von der Bundesregierung, der Bundestagsmehrheit und der christlichen Arbeiterschaft heftig kritisierten Wahlaufrufs des Deutschen Gewerkschaftsbundes und stellen nach Meinung der bürgerlichen Parteien ein eindeutiges Votum für die Sozialdemokratie und damit eine eklatante Verletzung der im DGB-Statut verankerten parteipolitischen Neutralität dar. Walter Freitag erklärte im Anschluß an die Kundgebung auf einer Pressekonferenz: da sowohl die Freien Demokraten als auch die Deutsche Partei nicht mehr demokratisch seien, sei es auch die Bundesregierung nicht mehr. Die Gewerkschaften als Garant der Demokratie würden vor k e i n e m Mittel zu ihrer Erhaltung zurückschrecken. Von seiten der Koalition wurde dazu geäußert, mit diesen Ausführungen habe sich Freitag in die gefährliche Nähe der Forderung Christian Fettes vom „staatlichen Führungsanspruch der Gewerkschaften“ begeben. Die DGB-Funktionäre sollten wissen, daß die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien, an ihrer Spitze die CDU/CSU, die notwendige Stärke besäßen, um die Demokratie zu schützen, was i h r e Aufgabe sei, nicht die der Gewerkschaften.

Arbeitslosenzahl erstmalig unter einer Million

Die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung teilte am 18. August mit, die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik sei zum ersten Mal seit dem Kriege unter die Millionengrenze gesunken. Die Bundesregierung habe damit vom 30. Juni 1949 bis zum 30. Juni 1953 im Bundesgebiet für 2 318 000 Arbeitnehmer neue Arbeitsplätze geschaffen. Koalitionskreise weisen in diesem Zusammenhang auf die Prophezeiung der SPD hin, die Bundesrepublik werde nach vier Jahren Sozialer Marktwirtschaft 6 Millionen Arbeitsloser haben, und bezeichnen zugleich die Vorwürfe von SPD und DGB, wonach die Bundesregierung auf sozialem Gebiet nichts geleistet habe und „die Armen ärmer und die Reichen reicher“ geworden seien, als „üble Agitation“, die ihre Quittung am 6. September erhalten werde.
